

Fachbereich/Fachdienst III/1 FD Planen und Bauen	Datum 16.02.2012	Vorlagen-Nr. XVII/0087 B01 / S01
---	---------------------	--

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Beratungsergebnis	Abstimmungsergebnis			geänderte Beschluss- empfehlung
			Ja	Nein	Enth.	
Fraktion						
Ausschuss für Planung, Bauen und Umwelt	21.02.2012					
Verwaltungsausschuss	28.02.2012					

Städtebauförderungsprogramm "Soziale Stadt" **Sanierungsgebiet "Goethestraße - Bahlsen"**

Freiächengestaltung Goethestraße / KGS - Goetheschule **Umbau Schulbushaltestelle / Vorplatz an der KGS** **hier: Erhöhung des Kostenrahmens aufgrund der Baugrunduntersuchung**

Beschlussempfehlung:

- a. Der Verwaltungsausschuss beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, den Umbau der Goethestraße im Bereich der KGS Goetheschule einschließlich der Schulbushaltestelle und des Platzbereiches zwischen Schulgebäude und Haltestelle, gemäß Beschluss vom 04.10.2011, mit erhöhtem Kostenrahmen (s. Sachdarstellung) erst im Jahr 2013 durchzuführen und bei der LNVG (Landesnahverkehrsgesellschaft) einen entsprechenden Antrag zu stellen.
- b. Der Verwaltungsausschuss der Stadt Barsinghausen beschließt, den Umbau der Goethestraße im Bereich der KGS Goetheschule einschließlich der Schulbushaltestelle und des Platzbereiches zwischen Schulgebäude und Haltestelle, gemäß Beschluss vom 04.10.2011, mit erhöhtem Kostenrahmen, vorbehaltlich der Genehmigung zur Erhöhung des Kostenrahmens durch die bewilligende Stelle, durchzuführen.
Die erforderlichen Haushaltsmittel werden über die Veränderungsliste bereitgestellt.

Beteiligung Rechnungsprüfungsamt Stellungnahme:	Unterschrift Verwaltungsvorstand BM/ESr
--	---

Haushaltsmittel:

Finanzhaushalt						
HH-Jahr	Investitionsmaßnahme		HH-Ansatz	Noch verfügbare Mittel	Einzahlung / Auszahlung	Jährl. Folgekosten
	Nummer	Bezeichnung				
20	I1.		€	€	€	€
Bei Verkauf von Sachanlagevermögen						
Buchwert des Anlagegutes		Verkaufspreis		Außerordentlicher Ertrag/ Aufwand		
€		€		€		
Erläuterung: Siehe unter Sachdarstellung: Haushaltsrechtliche Darstellung						

Beteiligungen:

	nicht erforderlich	erfolgt	zugestimmt	nicht zugestimmt
Personalrat	x			
Gleichstellungsbeauftragte	x			
	vereinbar		nicht vereinbar	
Vorlage ist mit dem Leitziel der demographischen Entwicklung (XVI/420)	x			

Sachdarstellung:

Bisherige Drucksache: XVI/0785

Mit Beschluss des VA vom 04.10.11 (DS VXI/0785) wurde die Verwaltung beauftragt, die Planungsaufträge zu vergeben und nach erfolgter Ausschreibung den Auftrag an den wirtschaftlichsten Bieter im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu vergeben. Seinerzeit wurden die Ausbaurkosten auf 600.000 € geschätzt. Diese verteilen sich zu 180.000 € städtischem Eigenanteil und 420.000 € Fördermitteln (LNVG und Städtebauförderungsmittel). Nach der Beauftragung der Planung wurden nun Untersuchungen des vorhandenen Straßenaufbaus und des Bodens durchgeführt. Dabei kam heraus, dass die Tragfähigkeit des Bodens nicht ausreichend ist und eine Stabilisierung der Frostschuttschicht erforderlich macht (zusätzliche Kosten von ca. 55.000 €). Darüber hinaus muss der Asphalt und die vorhandene ungebundene Tragschicht speziell entsorgt werden, da diese Materialien belastet sind (zusätzliche Kosten ca. 53.000 €). Die Bodenuntersuchung kostete ca. 11.000 €. Somit summieren sich die voraussichtlichen Mehrkosten auf ca. 119.000 €, also wird die Maßnahme insgesamt ca. 719.000 € kosten.

Da die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel für die Umgestaltung der Haltestelle KGS / Goetheschule nicht ausreichen, nachfolgend zwei alternative Entscheidungsvorschläge.

a) **Die Maßnahme wird (vorerst) nicht umgesetzt**, da sie aus oben angeführten Gründen die seinerzeit geschätzten Ausbaurkosten, auf denen der Beschluss basierte, deutlich überschreitet. Ein weiterer politischer Beschluss wird eingeholt. Wenn es dafür ein Votum gäbe, müsste im Haushalt 2012 eine neue Verpflichtungsermächtigung veranschlagt werden. Die Bäume werden vorerst nicht gefällt, die Maßnahme verschiebt sich dadurch um mindestens ein Jahr.

b) **Die Maßnahme wird umgesetzt:**

Bedingung:

Für den Bau der Verkehrsanlage muss bis zum Stichtag 29.02.12 gemäß BNatSchG (Bundesnaturschutzgesetz) die Fällung von 21 Sträuchern und Bäumen durchgeführt werden. Im vorliegenden Entwurf des Haushalts 2012 sind Auszahlungen für die Bushaltestelle i.H.v. 220.000 EUR eingeplant. Dieser Ansatz muß um 60.000 EUR erhöht werden, kann aber nicht durch LNVG-Mitteln mitfinanziert werden. Die restliche Finanzierung soll aus Städtebaufördermitteln erfolgen, um die Aufnahme haushaltsrechtlich abzusichern. Dies bedeutet, dass die bisher im Programm Soziale Stadt eingeplanten Auszahlungen i.H.v. 495.000 EUR um 60.000 EUR auf 555.000 EUR erhöht werden müssen.

Gleichstellungsrelevante Aspekte, die die Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten erforderlich machen, sind nicht gegeben.